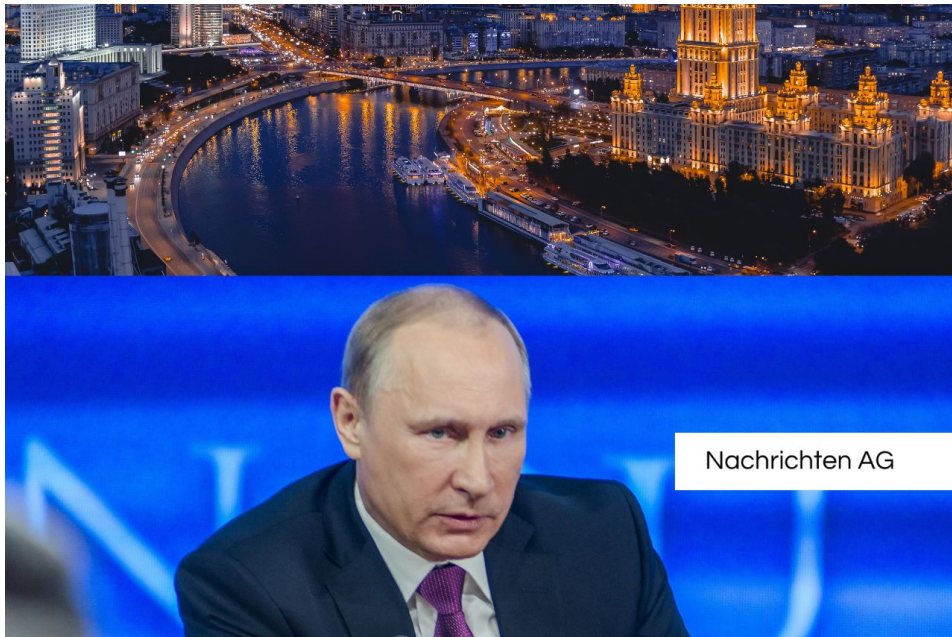


Russlands 133 Angriffe: Ukraine fordert Waffenruhe vor Friedensgesprächen!

Russland führt 133 Angriffe in der Ukraine durch;
Forderung nach einer Waffenruhe stößt auf Ablehnung.
Aktuelle Berichte und Analysen.



Pokrowsk, Ukraine - Am Montag, den 13. Mai 2025, hat Russland eine immense militärische Offensive in der Ukraine gestartet. Insgesamt wurden 133 Angriffe an verschiedenen Fronten verzeichnet. Der Generalstab in Kiew berichtete, dass 50 dieser Angriffe bei der Kleinstadt Pokrowsk im Gebiet Donezk erfolgreich abgewehrt wurden. Dabei wurden 45 Luftangriffe sowie zahlreiche Attacken mit Kamikaze-Drohnen gemeldet, doch die genauen Angaben konnten von unabhängigen Stellen nicht verifiziert werden. Inmitten dieser intensiven Kampfhandlungen forderten die Regierungen der Ukraine, der USA und mehrerer europäischer Staaten von Russland eine sofortige Feuerpause, um die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu schaffen.

Russland wies diese Forderungen jedoch entschieden zurück. Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Ultimaten für Russland inakzeptabel seien. Stattdessen ist die ukrainische Regierung bereit, eine 30-tägige Waffenruhe zu initiieren. Außenminister Andrij Sybiha betonte die Bereitschaft zu einer vollständigen, bedingungslosen Waffenruhe, die nicht nur zu Land, sondern auch in der Luft und auf See gelten solle. Voraussetzung für diese Waffenruhe wäre, dass Russland zustimmt und eine effektive Überwachung gewährleistet, um die Gespräche zu ermöglichen.

Internationale Reaktionen und Gespräche

In der Hoffnung auf eine Deeskalation kam es zu intensiven politischen Gesprächen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj traf sich mit führenden europäischen Politikern, darunter Bundeskanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, polnischem Ministerpräsidenten Donald Tusk und britischem Premierminister Keir Starmer. Gemeinsam appellierten sie an US-Präsident Donald Trump, der ebenfalls die Forderung nach einer Waffenruhe unterstützen sollte. Merz kündigte an, dass neue Sanktionen vorbereitet werden, sollte Russland der Waffenruhe nicht zustimmen.

Macron wies darauf hin, dass die Überwachung der Waffenruhe hauptsächlich von den USA und mit Unterstützung europäischer Staaten erfolgen soll. Tusk brachte den Einheitswillen der freien Welt zur Unterstützung der Ukraine zum Ausdruck, was auch von Starmer bekräftigt wurde. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte ebenfalls die Umsetzung des Waffenruhe-Vorschlags und drohte mit weiteren Sanktionen bei Verstößen.

Ökonomische Auswirkungen des Konflikts

Parallel zu den militärischen und politischen Entwicklungen analysiert die Bundesbank die gesamtwirtschaftlichen Folgen eines möglichen Krieges, einschließlich der möglichen Auswirkungen eines Energieembargos gegen Russland. In einem

pessimistischeren Szenario könnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland bis zu 5% niedriger ausfallen im Vergleich zur Prognose der Europäischen Zentralbank (EZB) im März. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr könnte fast 2% betragen.

Die Inflation könnte um mehr als 1½ Prozentpunkte im Jahr 2022 und um 2 Prozentpunkte im Jahr 2023 höher liegen als von der EZB vorhergesagt. Preiserhöhungen bei Energie könnten die Hauptursache sein, während die Unsicherheiten bezüglich der Ereignisse hohe Risiken für die ökonomischen Prognosen darstellen. Bei einem vollständigen Embargo in Bezug auf Energie könnten die Energiekosten drastisch steigen, mit möglichen Preissteigerungen im Rohölbereich über 170 US-Dollar pro Fass. Die Bundesbank warnt, dass eine solche Entwicklung auch erhebliche Auswirkungen auf den privaten Konsum und die gewerbliche Investitionstätigkeit haben könnte.

Insgesamt zeigt die gegenwärtige Lage eine besorgniserregende Eskalation der militärischen Aktivität in der Ukraine und deutet auf kritische Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft hin, sowohl im Hinblick auf humanitäre als auch auf wirtschaftliche Aspekte. Der Weg zu einem nachhaltigen Frieden bleibt weiterhin ungewiss.

Details	
Vorfall	Krieg
Ort	Pokrowsk, Ukraine
Quellen	• www.tagesspiegel.de • www.tagesschau.de • www.bundesbank.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de